

Human Rights Watch macht den Staat Israel für Ausrottung und für „Völkermord“ verantwortlich

Jonathan Ofir, mondoweiss.net, 19. 12.24

Heute veröffentlichte Human Rights Watch (HRW) eine verheerende Studie über den israelischen Völkermord in Gaza mit dem Titel: „Extermination and Acts of Genocide – Israel Deliberately Depriving Palestinians in Gaza of Water“¹

Die Schlussfolgerung des Berichts, der auf den Völkermord-Report von Amnesty von vor zwei Wochen folgt, stellt unmissverständlich fest, dass der Staat Israel das Verbrechen der Ausrottung und einen „Akt des Völkermords“ begangen hat:

„Staaten und internationale Institutionen, insbesondere diejenigen, die Einfluss auf die israelische Regierung haben, wie die USA, Großbritannien und die Staaten der Europäischen Union, sollten dringend Maßnahmen ergreifen, um Völkermord und weitere Gräueltaten zu verhindern. Dazu gehören Maßnahmen wie gezielte Sanktionen, die Aussetzung von Waffentransfers sowie Militärhilfe und die Überprüfung bilateraler Handels- und politischer Abkommen...“

„Human Rights Watch kommt zu dem Schluss, dass die israelischen Behörden der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen im vergangenen Jahr vorsätzlich Lebensbedingungen auferlegt haben, die auf ihre vollständige oder teilweise physische Zerstörung abzielen.“

Diese Politik, die als Teil der Massentötung der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gazastreifen begangen wird, bedeutet, dass die israelischen Behörden das Verbrechen der Ausrottung gegen die Menschlichkeit begangen haben, das immer noch andauert. Diese Politik stellt auch einen „Akt des Völkermords“ gemäß der Völkermordkonvention von 1948 dar.

Um es deutlich zu machen: Die Verwendung des Begriffs „Völkermord“ bezieht sich nicht auf eine einzelne Handlung, sondern auf eine Reihe von Akten, nämlich „das vorsätzliche Zufügen von Lebensbedingungen, die darauf abzielen, die physische Zerstörung der Gruppe ganz oder teilweise herbeizuführen“, wie es in der Völkermordkonvention von 1948, Artikel II Punkt 3, formuliert ist.

Verglichen mit dem Amnesty-Bericht 2 ist der HRW-Bericht in der Frage des Vorsatzes, auf die sich der Amnesty-Bericht konzentrierte, nicht sehr aussagekräftig, aber er ist bedeutsam, weil er sich ausschließlich auf ein zentrales Thema konzentriert: Wasser. Wie wir alle wissen, ist Wasser eine äußerst wichtige Lebensquelle, deren Entzug in vielerlei Hinsicht tödlich sein kann. Der Bericht beginnt mit einer grafischen Darstellung des Ausmaßes des Wassermangels, dem die Menschen im Gazastreifen ausgesetzt sind.

Es ist hilfreich, sich ein Bild von der Wirklichkeit im Gazastreifen zu machen, denn wir können uns alle damit identifizieren. Eine Durchschnittsperson in den USA verbraucht mehr als 310 Liter Wasser pro Tag, einschließlich einer Vielzahl von Verwendungszwecken (für eine fünfminütige Dusche werden beispielsweise etwa 60 Liter Wasser benötigt). Im Staat Israel konsumiert eine Person durchschnittlich etwa 250 Liter pro Tag. Im Gazastreifen stehen heute zwischen 2 und 9 Litern Wasser pro Person zur Verfügung. HRW stellt fest, dass „in lang andauernden Notsituationen mindestens 15 Liter Wasser pro Person und Tag zum Trinken und Waschen erforderlich sind“.

Diese Menge an Wasser bedeutet, dass die Menschen es fast ausschließlich zum Trinken verwenden können, wenn das überhaupt möglich ist:

„Solange wir kein Wasser zum Trinken bekommen, ist das Duschen ein Traum“, sagte eine 36-jährige Frau, die nach Khan Younis vertrieben wurde.

Und wenn sie keinen Zugang zu Trinkwasser haben, trinken sie buchstäblich das Meer:

„Wenn wir kein Trinkwasser finden, trinken wir das Meerwasser“, sagte ein Vater, der in eine Schule in Rafah vertrieben wurde, im Dezember 2023 gegenüber Human Rights Watch. „Es ist mir schon oft passiert, dass ich das Meerwasser trinken musste. Sie verstehen nicht, wie sehr wir leiden.“

Und dann sind da noch die Mütter, die ihre Neugeborenen nicht stillen können, weil sie selbst dehydriert sind, und sie mit Babybrei füttern müssen, der mit giftigem, verseuchtem Wasser vermischt ist.

Fast das gesamte Wasser ist zum Trinken ungeeignet, und sauberes Wasser ist ein Luxus, den sich nur wenige leisten können, wie die 14-jährige Ghazal bezeugt:

„Wir alle trinken jetzt giftiges, verseuchtes und ungenießbares Wasser. Meine Magenschmerzen haben nicht aufgehört... Wir haben nicht genug Geld, um Wasser in Flaschen zu kaufen. Wir können es uns nicht leisten.“

Davon sind vor allem die ganz Kleinen betroffen:

„Mehrere Ärzte und Krankenschwestern berichteten, dass eine große Zahl von Säuglingen in den ersten Lebensmonaten an Unterernährung, Dehydrierung und Infektionen leidet, was in einigen Fällen zum Tod führt. Asma Taha, eine Kinderkrankenschwester, die im Mai 2024 als Freiwillige im Gazastreifen tätig war, sagte, dass sie „jeden Tag“ ein bis drei Babys an einer Kombination dieser Ursachen sterben sah“.

Und über all das wird zu wenig berichtet:

„Die Aushöhlung des Gesundheitssystems, einschließlich der Erfassung von Krankheiten, hat dazu geführt, dass bestätigte Krankheitsfälle sowie Krankheiten und Todesfälle, bei denen ein Zusammenhang mit durch Wasser übertragenen Krankheiten, Dehydrierung und Hunger vermutet wird, nicht systematisch erfasst oder gemeldet werden. Taha erklärte, sie glaube, dass viele Todesfälle in der Klinik, in der sie als Freiwillige arbeitete, nicht beim Gesundheitsministerium des Gazastreifens registriert wurden. Wir hatten viele Babys, die tot und unterernährt eingeliefert wurden. Ich weiß nicht, ob jemand sie registriert hat... [Die Ärzte] haben keine Zeit, sie waren überarbeitet. Sie arbeiteten in 24-Stunden-Schichten, 36-Stunden-Schichten. Sie fügte hinzu: „Irgendwann hatten wir nicht einmal mehr Papiere, auf denen wir schreiben konnten.“

Vorsätzliche Zerstörung

Diese Verheerung ist nicht das Ergebnis einer Naturkatastrophe. Sie ist auch nicht die unbeabsichtigte Folge eines Krieges – sie ist Teil einer bewussten Strategie:

„Nachforschungen von Human Rights Watch ergaben, dass die israelischen Streitkräfte seit Beginn der Feindseligkeiten vorsätzlich mehrere wichtige WASH (WHO-Bezeichnung für Wasser, Sanitation, Hygiene) -Einrichtungen angegriffen und beschädigt oder zerstört haben, darunter vier der sechs Kläranlagen des Gazastreifens und ein wichtiges Wasserreservoir, das die Menschen in Rafah im südlichen Gazastreifen mit Wasser versorgt. In mehreren Fällen fand Human Rights Watch Beweise dafür, dass die israelischen Bodentruppen die Kontrolle über die Gebiete hatten, als sie die WASH-Infrastruktur zerstörten. Dazu gehören Beweise wie ein Video, das zeigt, wie Truppen methodisch Sprengstoff in einem Wasserreservoir verlegen und verkabeln, und Satellitenbilder, die Bulldozer-Spuren auf zerstörten großen Solaranlagen zeigen, die Abwasseranlagen versorgen. Diese Beweise deuten darauf hin, dass die Zerstörungen nicht zufällig bei Angriffen auf militärische Objekte erfolgten, sondern dass sie absichtlich herbeigeführt wurden.

Die israelische Armee hat auch diejenigen attackiert, die versuchten, die Schäden zu beheben, sowie die Werkzeuge, mit denen sie repariert werden sollten:

„Israelische Streitkräfte haben auch Wasserarbeiter angegriffen und getötet, während sie Reparaturen und andere Aktivitäten ausführten, um die Bevölkerung mit mehr Wasser zu versorgen, und sie haben Material zerstört, das für die Reparatur der Wasserversorgung benötigt wurde. Im Januar 2024 griffen die israelischen Streitkräfte auch das Hauptlager der Wasserbehörde des Gazastreifens, der Coastal Municipalities Water Utility (CMWU), an, in dem viele Angestellte und ihre Familien untergebracht waren, und setzten anschließend die dort gelagerte WASH-Ausrüstung im Wert von 8 Millionen US-Dollar in Brand, wodurch die Möglichkeit der CMWU, die beschädigte Infrastruktur zu reparieren, praktisch zunichte gemacht wurde. Sie griffen auch Arbeiter für die Wasserversorgung an, die versuchten, Reparaturen vorzunehmen oder andere wasserbezogene Arbeiten auszuführen. Die Koordinaten der Wasserwerker waren dem israelischen Militär mitgeteilt worden, bevor sie zu den Reparaturarbeiten entsandt wurden.

Diese Aktionen entsprechen den zahlreichen Aufrufen israelischer Offizieller, den Bewohnern des Gazastreifens die Grundversorgung vorzuenthalten:

„In den Tagen nach den von der Hamas angeführten Angriffen bewaffneter palästinensischer Gruppen im Süden Israels am 7. Oktober 2023 veröffentlichten hochrangige israelische Vertreter, darunter der frühere Verteidigungsminister Yoav Gallant, der Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir und der frühere Energie- und jetzige Verteidigungsminister Israel Katz, offizielle Erklärungen, in denen sie die Absicht der Regierung zum Ausdruck brachten, der Zivilbevölkerung in Gaza das Wasser zu entziehen.“

Und obwohl es nach einigen Wochen eine gewisse Wiederaufnahme gab, geschah dies unter starken Einschränkungen:

„Während die israelischen Behörden Ende Oktober 2023 wieder Wasser aus dem Staat Israel in den Gazastreifen leiteten, haben sie seit September 2024 die Wassermenge, die durch die Pipelines fließt, weiter einge-

schränkt. Das Wasser aus den Pipelines reichte nicht aus, um den Rückgang der Wasserproduktion auszugleichen, der durch die Unterbrechung der Stromzufuhr und die Blockade und Einschränkung der Brennstoffzufuhr durch die israelischen Behörden sowie durch die Beschädigung oder Zerstörung der Wasserinfrastruktur verursacht wurde.“

Dies alles ist Teil einer allgemeinen Politik der Verweigerung ausreichender humanitärer Hilfe. HRW stellt das Muster dar, das auch an der Zahl der in den Gazastreifen einfahrenden Lastwagen zu erkennen ist:

„Vor dem 7. Oktober 2023 fuhren pro Werktag etwa 500 Lastwagen mit kommerziellen und humanitären Gütern nach Gaza. Vom 21. Oktober 2023 bis zum 5. Mai 2024, als Israel den Grenzübergang Rafah besetzte und schloss, fuhren im Durchschnitt nur 132 Lastwagen pro Tag ein; vom 5. Mai bis zum 3. August kamen im Durchschnitt nur 33 Lastwagen pro Tag.“

Wir müssen uns daran erinnern, dass der Gazastreifen vor dem 7. Oktober 2023 über 16 Jahre lang belagert gewesen war. Dieses Volumen, etwa 10 Prozent des früheren „normalen“ Niveaus, ist Teil eines sich steigernden Musters von Entbehrungen.

HRW erwähnt die Anordnungen, die der Internationale Gerichtshof in seinen vorläufigen Maßnahmen vom 26. Januar im Zusammenhang mit dem von Südafrika eingereichten Völkermordfall getroffen hat:

„Am 26. Januar 2024 erließ der Internationale Gerichtshof (IGH) vorläufige Maßnahmen, die Israel unter anderem aufforderten, den Völkermord an den Palästinensern im Gazastreifen zu verhindern, die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen und humanitärer Hilfe zu ermöglichen und die Aufstachelung zum Völkermord zu verhindern und zu bestrafen. Seitdem hat der IGH zwei weitere vorläufige Maßnahmen erlassen, die seine früheren Anordnungen bekräftigen, und im Mai erklärt, dass die Anordnungen „unverzüglich und wirksam umgesetzt“ werden sollten.

Doch der Staat Israel kam dem nicht nach:

„Seitdem hat Israel gegen die Maßnahmen des IGH verstoßen, einschließlich der Verhinderung des Entzugs des Zugangs zu angemessener Nahrung und Wasser.“

Rechenschaftspflicht

Während HRW in seinen Schlüsselempfehlungen auf den Staat Israel verweist („Einhaltung der vom IGH angeordneten vorläufigen Maßnahmen“, „Beendigung der rechtswidrigen Zerstörung der Wasserinfrastruktur im Gazastreifen“, „sofortige Aufhebung der Blockade des Gazastreifens“ usw.), ist klar, dass nichts davon ohne immensen Druck von außen durch Drittländer geschehen wird.

Deshalb gilt:

„Staaten und internationale Institutionen, insbesondere diejenigen, die Einfluss auf die israelische Regierung haben, wie die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Staaten der Europäischen Union, sollten dringende Maßnahmen ergreifen, um Völkermord und weitere Gräueltaten zu verhindern. Dazu gehören Maßnahmen wie gezielte Sanktionen, die Aussetzung von Waffentransfers sowie Militärhilfe und die Überprüfung bilateralen Handels- und politischer Abkommen, um konkreten Druck auf die israelische Regierung auszuüben,

damit sie die vorläufigen Maßnahmen des IGH und ihre sonstigen Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten einhält.“

Es mag schwer sein, zu diesem Zeitpunkt eine solche „dringende Maßnahme“ zu erwarten, vor allem von Seiten der Vereinigten Staaten. Bidens „Ultimatum“ vom Oktober, in dem er mit einem Stopp der Waffentransfers drohte, falls die Hilfe nicht erhöht würde, war ein erbärmlicher Bluff. Von Trump kann man kaum mehr erwarten. Und doch gibt es einen wachsenden internationalen Konsens in der Frage des israelischen Völkermords. Der Begriff ist im juristischen Diskurs kein Tabu mehr, und man darf hoffen, dass dieser Weg zu irgendeiner Form von Gerechtigkeit für die Palästinenser führt. Denn wieder einmal ist es viel zu spät.

*Ausrottung und Völkermord - Israel entzieht den Palästinensern in Gaza vorsätzlich das Wasser

1 <https://www.hrw.org/report/2024/12/19/extermination-and-acts-genocide/israel-deliberately-depriving-palestinians-gaza>

2 <https://mondoweiss.net/2024/12/israels-genocide-in-gaza-is-fully-intentional-and-other-takeaways-from-the-amnesty-international-report/>

3 <https://www.epa.gov/watersense/understanding-your-water-bill>

Quelle: <https://mondoweiss.net/2024/12/human-rights-watch-finds-israel-guilty-of-extermination-and-acts-of-genocide/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Israels Völkermord im Gazastreifen ist vollkommen beabsichtigt – und andere Erkenntnisse aus dem Bericht von Amnesty International

Jonathan Ofir, mondoweiss.net, 07.12.2424

Amnesty International hat diese Woche bestätigt, was viele andere bereits festgestellt haben: Der Staat Israel begeht in Gaza einen Völkermord. Aber der Bericht bemüht sich sehr, ein entscheidendes Element in der Anklage gegen den Staat Israel zu beweisen: dass der Völkermord vollkommen vorsätzlich ist.

„Eine Bewertung des historischen Kontextes zeigt, dass Israels Offensive im Kontext seiner unrechtmäßigen militärischen Besatzung und seines Apartheidsystems gegen die Palästinenser, einschließlich der Palästinenser in Gaza, stattfindet, einem Zusammenhang, der voll von schweren Verletzungen des Völkerrechts ist und auf einer endemischen Entmenschlichung der Palästinenser beruht“ (S. 278).

Am Mittwoch wurde ein bahnbrechender Bericht von *Amnesty International* mit dem Titel „*You Feel Like You Are Subhuman*“* veröffentlicht: Israels Völkermord an den Palästinensern in Gaza“.1

Amnesty ist unmissverständlich: Der Staat Israel begeht in Gaza einen Völkermord.

Agnés Callamard, die Generalsekretärin von *Amnesty International*, präsentierte den Bericht mit kompromisslosen Worten. Es gibt kein Wenn und Aber, Israel hat einen Völkermord begangen und tut es immer noch: „Der Bericht von *Amnesty International* zeigt, dass Israel Handlungen vorgenommen hat, die nach der Völkermordkonvention verboten sind, mit der spezifischen Absicht, die Palästinenser im Gazastreifen zu vernichten“, sagte Callamard.

„Zu diesen Akten gehören Tötungen, das Zufügen schwerer körperlicher oder seelischer Schäden und die vorsätzliche Verhängung von Lebensbedingungen für die Palästinenser in Gaza, die auf ihre physische Zerstörung abzielen. Monat für Monat hat Israel die Palästinenser in Gaza als eine Gruppe von Unter-

menschen behandelt, die der Menschenrechte und der Menschenwürde nicht würdig ist, und damit seine Absicht demonstriert, sie physisch zu vernichten.“

Die israelische Absicht des Völkermords

Das Verbrechen des Völkermords ist als „Verbrechen der Verbrechen“ bekannt und gilt auch als das Vergehen gegen die Menschlichkeit, bei dem die höchsten Anforderungen an den Nachweis des Vorsatzes gestellt werden. Es reicht nicht aus, auf Handlungen zu verweisen, die an sich unter die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes („Völkermordkonvention“) fallen können - der Vorsatz des Völkermordes muss als einzig mögliche Schlussfolgerung der Analyse nachgewiesen werden.

Aus diesem Grund ist die abschließende Formulierung des Berichts so wichtig, in der es heißt:

„Es gibt nur eine vernünftige Schlussfolgerung, die aus den vorgelegten Beweisen gezogen werden kann: Völkermörderische Absicht war ein wesentlicher Bestandteil des israelischen Verhaltens in Gaza seit dem 7. Oktober 2023, einschließlich seiner Militärkampagne.“

Da der Aspekt des Vorsatzes in diesem Zusammenhang so entscheidend ist, widmet Amnesty fast ein Drittel des 296-seitigen Berichts dem Vorsatz (81 Seiten innerhalb des Hauptteils „Israels Vorsatz in Gaza“ S. 202-282, plus weitere Teile zu diesem Thema in anderen Abschnitten des Berichts).

Die Völkermord-Definition

Der Bericht bezieht sich auf drei der fünf Punkte der UN-Definition von Völkermord, Artikel II, und betrachtet sie als erfüllt:

1. Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
2. Verursachen schwerer körperlicher oder geistiger Schäden bei Mitgliedern der Gruppe;
3. Vorsätzliches Zufügen von Lebensbedingungen für die Gruppe, die auf ihre vollständige oder teilweise physische Zerstörung abzielen;

Jede dieser Handlungen könnte den Tatbestand des Völkermords erfüllen, da es heißt: „jede der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“ (meine Hervorhebung).

Das Argument der „militärischen Notwendigkeit“

Amnesty kommt zu dem Schluss, dass „die völkermörderische Absicht ein fester Bestandteil des israelischen Verhaltens im Gazastreifen seit dem 7. Oktober 2023 ist, einschließlich der Militärkampagne“ (S. 35).

Die Behauptung der militärischen Notwendigkeit ist eine zentrale israelische Behauptung, was nicht überraschend ist – unter der offensichtlichen Vorstellung, dass solche Ziele die Mittel legitimieren, die zu ihrer Erreichung eingesetzt werden. Der Staat Israel ist hier keine Ausnahme – das Argument wird oft

verwendet, um Anschuldigungen wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit zurückzuweisen.

Doch *Amnesty* lehnt das Entweder-Oder-Argument ab:

„*Amnesty International* räumt ein, dass die Identifizierung von Völkermord in bewaffneten Konflikten wegen der vielfältigen Ziele, die gleichzeitig verfolgt werden können, komplex und schwierig ist. Dennoch ist es von entscheidender Bedeutung, Völkermord zu erkennen, wenn er im Kontext eines bewaffneten Konflikts stattfindet, und darauf zu bestehen, dass Krieg ihn niemals entschuldigen kann.“

Callamard unterstreicht: „Israel hat wiederholt argumentiert, dass seine Aktionen im Gazastreifen rechtmäßig sind und durch sein militärisches Ziel, die Hamas auszurotten, gerechtfertigt werden können. Aber die völkermörderische Absicht kann neben militärischen Zielen bestehen und muss nicht die einzige Absicht Israels sein.“

Die militärische Absicht kann also neben der völkermörderischen Absicht bestehen – aber sie hebt die genozidale Absicht nicht auf. Wenn die völkermörderische Absicht „Teil und Bestandteil“ von Israels Verhalten ist, „einschließlich seiner militärischen Kampagne“, dann bedeutet dies, dass Israels „Krieg“ tatsächlich ein völkermörderischer ist.

Völkermörderische Aussagen von israelischen Amtsträgern

Im Kapitel „Vorsatz“, das sich mit den Äußerungen zur Vernichtung von Palästinensern befasst (7.3, S. 241), beschränkt sich *Amnesty* darauf, 102 Äußerungen hoher israelischer Beamter zu untersuchen:

„Die Organisation identifizierte 102 Aussagen, die Palästinenser entmenslichten oder zu verbotenen Handlungen gemäß der Völkermordkonvention oder zu anderen völkerrechtlichen Verbrechen gegen Palästinenser im Gazastreifen aufriefen oder diese rechtfertigten, wie z.B. Siedlungsausbau, Zwangsumsiedlungen oder wahllose Angriffe. Sie wurden von Mitgliedern des Kriegs- und des Sicherheitskabinetts, von hochrangigen Mitgliedern des Militärs sowie vom israelischen Präsidenten und von einigen Knessetmitgliedern und Kabinettsministern gemacht.“

Zwar gibt es im Staat Israel fast unzählige Äußerungen, die zum Völkermord aufrufen, und das Projekt „Recht für Palästina“ verfügt über eine Datenbank mit über 500 solcher Aussagen von führenden Politikern bis hin zu Journalisten und Einflussnehmern. *Amnesty* hat diese Einschränkung jedoch auch deshalb vorgenommen, um der eigenen Erklärung des Staates Israel vor dem Internationalen Gerichtshof im Völkermordfall (Südafrika gegen Israel) gerecht zu werden.

Amnesty:

„Angesichts der Behauptung Israels vor dem IGH, dass die ‚Politik und die Absichten‘ der israelischen Regierung nur durch eine Untersuchung der Entscheidungen des Kriegs- und des Sicherheitskabinetts sowie durch eine Analyse, ‚ob bestimmte Äußerungen mit der Politik und den getroffenen Entscheidungen übereinstimmen oder nicht‘, ermittelt werden können, beschränkte *Amnesty International* seine

Analyse auf Aussagen von Amtsträgern mit direkter Verantwortung für die Ausführung der Offensive auf Gaza. Mit Ausnahme des israelischen Staatspräsidenten waren dies Mitglieder des Kriegs- und des Sicherheitskabinetts sowie hochrangige Militärbeamte. *Amnesty International* beschränkte seine Analyse auch auf Äußerungen, die offenbar zur Vernichtung von Palästinensern aufriefen oder diese rechtfertigten, darunter:

- Aufrufe, den Palästinensern in Gaza den Zugang zu lebenswichtigen Diensten und Gütern zu verweigern, bis die Hamas zerstört oder die Geiseln freigelassen sind;
- Erklärungen, in denen die Palästinenser im Gazastreifen absichtlich mit der Hamas in einen Topf geworfen werden, was direkte Aktionen gegen palästinensische Zivilisten zu rechtfertigen scheint;
- Erklärungen, in denen zur physischen Zerstörung des Gazastreifens, einschließlich der gesamten Bevölkerung und der zivilen Infrastruktur, aufgerufen wird, oder in denen die Zerstörung der Hamas durch die physische Zerstörung von Palästinensern in Gaza gefordert wird.

Von den 102 überprüften Erklärungen hat *Amnesty International* 22 solche Aussagen identifiziert. Die verbleibenden 80 Äußerungen riefen entweder zu anderen völkerrechtlichen Verbrechen gegen die Palästinenser im Gazastreifen auf, wie z. B. Siedlungserweiterung, Zwangsumsiedlung oder wahllose Angriffe, oder verwendeten rassistische und entmenslichende Ausdrücke gegen Palästinenser. Die Organisation analysierte die 22 Äußerungen, in denen offensichtlich zur Vernichtung der Palästinenser im Gazastreifen aufgerufen oder diese gerechtfertigt wurde, indem sie sich auf die Identität des Sprechers, seinen Einfluss und den Inhalt der Rede konzentrierte“.

Diese völkermörderischen Proklamationen haben oft die israelischen Geiseln/Gefangenen als Vorwand benutzt. Dies wurde auch vom israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu geäußert:

„Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem damaligen Verteidigungsminister Gallant am 5. Dezember 2023 erklärte Premierminister Netanjahu, dass die Empfehlung des Kriegskabinetts, die Einfuhr von zwei bis vier Lastwagen mit Treibstoff pro Tag zuzulassen, um den „minimalen humanitären Bedarf“ der Bevölkerung im Gazastreifen zu decken, die Fortsetzung der Kämpfe ermöglichen sollte. Diesen Bedarf ermittelten die Behörden „jeden Tag, sogar alle paar Stunden“:

„Wir wissen auch, dass ein Zusammenbruch, Seuchen, Krankheiten, Grundwasserverseuchung usw. die Kämpfe beenden werden. Das ist uns klar. Deshalb sehen wir keinen Widerspruch zwischen den Kriegsanstrengungen, die, wie wir bereits gesehen haben, der wirksamste Faktor für die Rückkehr unserer Entführten sind, und den humanitären Anstrengungen, die den Krieg begleiten und ein wichtiger Teil davon sind.“

Diese Erklärungen haben die israelische Militärkampagne eindeutig beeinflusst. **Amnesty:**

„Die Äußerungen hochrangiger israelischer Beamter wurden von den Soldaten, die an der Militärkampagne in Gaza teilnahmen, gehört und aufgenommen, und sie scheinen entweder explizit oder implizit über bekannte kulturelle Bezüge eine wahrgenommene Mission der Kampagne kommuniziert zu haben.“ Diese Äußerungen wurden dann von führenden Militärs, die die Militärkampagne leiteten, wiederholt, und

die Taten ihrer Soldaten wurden in den sozialen Medien in unzähligen Videos gepriesen, in denen die völkermörderische Zerstörung gefeiert wurde.

Amnesty weist die Behauptung der israelischen Regierung vor dem IGH zurück, dass diese Äußerungen lediglich „rhetorisch“ gewesen seien:

Um das System der Unterdrückung und Herrschaft aufrechtzuerhalten, hat Israel Palästinenser, einschließlich derer im Gazastreifen, lange Zeit gefoltert, willkürlich inhaftiert, zwangsverschleppt und unrechtmäßig getötet und verletzt. Als Teil dieses Apartheidsystems hat Israels rechtswidrige Blockade des Gazastreifens den Palästinensern dort vor dem 7. Oktober 2023 über 16 Jahre schleichend schädliche Lebensbedingungen zugefügt und sie in eine einzigartig verletzliche Situation gebracht.“

„*Amnesty International* räumt ein, dass die israelischen Offiziellen zu Beginn der Militäroffensive deren Ziele als Zerschlagung der militärischen und regierungstechnischen Kapazitäten der Hamas definierten und diesen später die Freilassung von Geiseln und Gefangenen hinzufügten. In der Folge stellten Premierminister Netanjahu, der damalige Verteidigungsminister Gallant und Sprecher der israelischen Armee bei zahlreichen Gelegenheiten öffentlich klar, dass die Offensive nicht gegen das palästinensische Volk, sondern gegen die Hamas gerichtet sei.

Sie scheinen diese Klarstellungen jedoch erst dann intensiviert zu haben, als der Druck von westlichen Verbündeten des Staates Israel zunahm, angesichts des Ausmaßes von Tod und Zerstörung durch die wochenlangen unerbittlichen Bombardierungen. Wie oben hervorgehoben, gibt es zahlreiche Beweise dafür, dass Soldaten die früheren Erklärungen dieser offiziellen Vertreter noch lange nach ihrer ersten Äußerung weiterverbreiten und verwenden.

Videos zeigen auch, dass Soldaten diese Aufrufe bei offensichtlichen Zerstörungsaktionen äußern. Dies deutet auf die weite Verbreitung und Wirkung der Aussagen der Verantwortlichen hin. Es zeigt auch, dass israelische Regierungsvertreter es weitgehend versäumt haben, ein alternatives Narrativ aufzubauen. Die weite Verbreitung von Äußerungen, in denen zur Zerstörung des Gazastreifens und ziviler Objekte in diesem Gebiet aufgerufen wurde, scheint von den israelischen Behörden, die monatelang nichts unternahmen, geduldet und nicht angemessen untersucht, geschweige denn bestraft worden zu sein.

Darüber hinaus hat der Staat Israel während des gesamten neunmonatigen Berichtszeitraums weiterhin rechtswidrige Angriffe ausgeführt, bei denen palästinensische Zivilisten getötet und schwer verletzt wurden, und der gesamten Bevölkerung des Gazastreifens vorsätzlich bestimmte Lebensbedingungen auferlegt. Dies stellt die israelische Verteidigung in Frage, dass es sich bei den Äußerungen hochrangiger Regierungsvertreter, die im Militär Gehör fanden, lediglich um die Art von hetzerischen Kommentaren handelte, die zu Beginn eines bewaffneten Konflikts zu erwarten sind“.

Die Absicht ist jedoch nicht nur aus den Äußerungen abzuleiten, vielmehr bestätigen die Taten die Absichten:

„Bei der Bewertung der völkermörderischen Absicht analysierte *Amnesty International* solche Verstöße gegen das Völkerrecht im Kontext der gesamten Offensive, einschließlich der in Kapitel 6 ‚Israels Aktionen im Gazastreifen‘ beschriebenen: Sie überprüfte sie zusammen und kumulativ, wobei sie ihre Wiederholung und ihr gleichzeitiges Auftreten immer wieder berücksichtigte, dabei verstärkten sie sich gegenseitig in ihrer schädlichen Wirkung. Darüber hinaus berücksichtigte die Organisation das Ausmaß und die Schwere der Opfer und der Zerstörungen, die sich im Laufe der Zeit wiederholten, trotz der ständigen Warnungen der Vereinten Nationen und der eigenen Verbündeten des Staates Israel sowie der mehrfachen verbindlichen Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs.“ (S. 279).

Gesamtzusammenhang der israelischen Apartheid

Amnesty International bewertet den israelischen Völkermord im historischen Zusammenhang und weist darauf hin, dass die „endemische Entmenschlichung der Palästinenser“ ein Merkmal ist, das dem 7. Oktober 2023 vorausging – sie hat eine lange Geschichte, einschließlich systematischer Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit:

„Eine Bewertung des historischen Kontextes zeigt, dass Israels Offensive im Kontext seiner unrechtmäßigen militärischen Besatzung und seines Apartheidsystems gegen die Palästinenser, einschließlich der Palästinenser in Gaza, stattfindet, einem Zusammenhang, der voll von schweren Verletzungen des Völkerrechts ist und auf einer endemischen Entmenschlichung der Palästinenser beruht“ (S. 278).

Es handelt sich um ein System der Entmenschlichung von Palästinensern im Allgemeinen, wobei Gaza im Besonderen „in einzigartiger Weise verwundbar“ gemacht wurde:

„Tatsächlich haben viele hochrangige israelische Vertreter sowie andere Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit erheblicher Reichweite und Einfluss in Israel jahrelang eine tief verwurzelte entmenschlichende, abwertende und rassistische Sprache gegenüber den Palästinensern verwendet, ohne dass sie dafür wirklich zur Rechenschaft gezogen worden wären.

Die Entmenschlichung der Palästinenser ist ein konstantes Merkmal des israelischen Apartheidsystems: Sie werden als minderwertige ethnische Gruppe behandelt, die keine grundlegenden Menschenrechte und Grundbedürfnisse hat. Um dieses System der Unterdrückung und Herrschaft aufrechtzuerhalten, hat Israel Palästinenser, einschließlich derer im Gazastreifen, lange Zeit gefoltert, willkürlich inhaftiert, zwangsverschleppt und unrechtmäßig getötet und verletzt. Als Teil dieses Apartheidsystems hat Israels rechtswidrige Blockade des Gazastreifens den Palästinensern dort vor dem 7. Oktober 2023 über 16 Jahre schleichend schädliche Lebensbedingungen zugefügt und sie in eine einzigartig verletzliche Situation gebracht.“

Unterschied zwischen Motiv und Absicht

Ähnlich wie beim Argument der „militärischen Notwendigkeit“ können Menschen verschiedene Motive für ihre völkermörderischen Handlungen geltend machen – sie mögen sie nicht als völkermörderische

Absicht als solche betrachten (das geben Menschen selten offen zu), und sie können „Sicherheit“ oder „Rache“ anführen – aber diese Motive heben die völkermörderische Absicht nicht auf:

„Schließlich räumt *Amnesty International* ein, dass Israels Politik gegenüber dem Gazastreifen von unterschiedlichen Motiven verschiedener Regierungsmitglieder angetrieben worden sein mag. Motiv ist jedoch nicht gleich Absicht.

Die internationale Rechtsprechung ist sich darüber im Klaren, dass viele Motive zu völkermörderischen Handlungen führen können, einschließlich des Wunsches nach Profit, politischem Vorteil und so weiter. Solange die völkermörderische Absicht klar ist, spielt das zugrundeliegende Motiv der einzelnen Vertreter letztlich keine Rolle – sei es Sicherheit, Rache, der Wille, an der Macht zu bleiben, das Bestreben, die eigenen Interessen durchzusetzen, oder der Wunsch, die eigenen Interessen durchzusetzen.

Verzögerter Hinweis auf völkermörderische Absichten beim Staat Israel

Einer der von israelischen Vertretern oft vorgebrachten Punkte ist die „Doppelmoral“, d.h. die Behauptung, dass der Staat Israel ungerechterweise „herausgegriffen“ wird. Dieser Punkt hat es auch in die berüchtigte IHRA-Definition von Antisemitismus geschafft, die Kritik am Staat Israel mit Hass auf Juden gleichsetzt.

Das 8. IHRA-Beispiel besagt, dass „mit zweierlei Maß gemessen wird, indem von Israel ein Verhalten verlangt wird, das von keiner anderen demokratischen Nation erwartet oder gefordert wird.“

Aber *Amnesty* weist auf das Gegenteil hin – dass es genau eine Doppelmoral des Zögerns gibt, wenn es darum geht, den Staat Israel wegen völkermörderischer Absicht anzugreifen – wobei es bei anderen Ländern einfacher wäre. Es hat sich für *Amnestys* separaten Israel-Zweig als schwieriger erwiesen, den Befund des Völkermordes zu akzeptieren, so dass sie sich gegen die Ergebnisse des internationalen Berichts gestellt haben – wie es 2022 mit dem Israel-Apartheid-Bericht von *Amnesty International* der Fall war. Obwohl *Amnesty* sich rühmt, „unabhängig von jeder Regierung [und] politischen Ideologie“ zu sein (Bericht, S. 2), gibt es eine lokale politische Voreingenommenheit. *Amnesty* fordert einen universellen Standard:

„*Amnesty International* erkennt an, dass es bei vielen Menschen Widerstand gibt und sie zögern, völkermörderische Absichten zu erkennen, wenn es um Israels Verhalten in Gaza geht. Dieser Widerstand hat die Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht in vergangenen Konflikten auf der ganzen Welt behindert und sollte in Zukunft vermieden werden. *Amnesty International* lehnt eine Hierarchie unter den Verbrechen nach internationalem Recht ab.“

Weckruf

Die Welt hat dies zugelassen, in einem Schlummer der Verleugnung und der Voreingenommenheit gegenüber dem Staat Israel, der es ermöglicht hat, dass der am deutlichsten öffentlich gezeigte Völkermord der Geschichte seit über einem Jahr andauert.

Callamard erklärt: „Unsere vernichtenden Ergebnisse müssen ein Weckruf für die internationale Gemeinschaft sein: Dies ist Völkermord. Es muss jetzt aufhören.“

Um dies zu stoppen, sind eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlich, nicht zuletzt von Drittstaaten. *Amnesty* fordert den Internationalen Strafgerichtshof auf, seine Bewertung der Lage in Palästina um den Tatbestand des Völkermords zu erweitern, auch im Hinblick auf Haftbefehle, wie sie gegen Premierminister Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Gallant erlassen wurden 2:

„Die Begehung des Verbrechens des Völkermords durch israelische Regierungsvertreter seit dem 7. Oktober 2023 im Zuge der laufenden Ermittlungen zur Lage im Staat Palästina dringend in Betracht ziehen... Prüfen, wie die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zur Lage im Staat Palästina weiter beschleunigt werden könnten. Beantragen Sie gegebenenfalls Haftbefehle gegen verdächtige Personen, auch wegen des Verbrechens des Völkermordes.“

Dies muss ein großer Schock für diejenigen sein, die glaubten, dass das „Nie wieder“ unter israelischem Monopol steht, um die Juden für immer zu schützen. Es stellt sich heraus, dass der selbsternannte „jüdische Staat“ nicht davor gefeit ist, einen Völkermord zu begehen. Der Staat Israel kann jetzt nur noch mit dem Reflex der „Fake News“ reagieren und leugnen, leugnen, leugnen. 3

Dieser Bericht ist jedoch keine flüchtige Propagandameldung. Es handelt sich um eine langwierige und akribische Dokumentation von einem der führenden juristischen Schwergewichte, *Amnesty International*. Dies wird dem wachsenden internationalen Konsens in dieser Angelegenheit zusätzliches Gewicht verleihen. Und wir alle sind verantwortlich, wir alle müssen jetzt aufwachen, denn es ist bereits viel zu spät.

* Du fühlst dich wie ein Untermensch

1 <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/12/amnesty-international-concludes-israel-is-committing-genocide-against-palestinians-in-gaza/>

2 <https://mondoweiss.net/2024/11/the-icc-has-finally-issued-arrest-warrants-for-israeli-leaders-the-fight-is-far-from-over/>

3 <https://news.sky.com/story/israel-rejects-amnesty-genocide-claim-as-no-surprise-and-fake-news-13267655>

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2024/12/israels-genocide-in-gaza-is-fully-intentional-and-other-takeaways-from-the-amnesty-international-report/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de